

Kaum Preiseffekte

SPD wettert gegen Kürzung der Solarförderung

Von Stephan Börnecke

Die von Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) angepeilte zusätzliche Kürzung der Solaranlagenförderung um 15 Prozent in diesem Frühjahr wird auf die privaten und gewerblichen Stromkunden kaum durchschlagen. Zwar würden aufgrund der Kürzung die Strombezugskosten durch eine kleinere EEG-Umlage „niedriger ausfallen als im Fall eines ungebremsten weiteren Ausbaus“, wie aus einem Formulierungsvorschlag des Umweltministeriums für die Gesetzesänderung hervorgeht, der der Frankfurter Rundschau vorliegt.

Der Umfang aber ist klein: Danach würde der Strompreis rein rechnerisch gegenüber einer unveränderten Förderung je Kilowattstunde um gerade einmal 0,3 Cent kleiner ausfallen.

Nach Darstellung des Ministeriums stiege die EEG-Umlage im Falle des Kürzungsszenarios für den Endkunden von 2,1 Cent je Kilowattstunde in 2011 auf rund 2,3 Cent in 2015, um danach wegen der degressiven Solarvergü-

tung und Herausfallens der ersten Anlagen aus der Förderung auf 0,2 Cent abzusacken. Ohne die von Röttgen geplanten gesetzlichen Korrekturen stiege die EEG-Umlage im Jahr 2015 um auf 2,6 Cent je Kilowattstunde.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber forderte die Regierungsfractionen auf, die aus seiner Sicht „überstarke Kürzung“ der Solarförderung nicht zu realisieren. Einem „großen wirtschaftlichen Risiko mit dem drohenden Verlust von 60 000 Arbeitsplätzen und dem Verlust der Marktführerschaft“ stehe ein nur „kurzfristiger und zudem kleiner finanzieller Vorteil für den Verbraucher gegenüber“, sagte Kelber der Frankfurter Rundschau.

Der Vorschlag Röttgens sieht vor, die zum Jahresanfang um neun Prozent gekürzte Förderung für Solaranlagen auf Dächern zum 1. April auf 24 Prozent auszuweiten. Von Juli an sollen diese zusätzlichen 15 Prozent auch für Solaranlagen auf Freiflächen gelten. Bei Anlagen auf Ackerböden ist sogar eine Verschärfung um 25 Prozent geplant.

Heftig kritisiert wird Röttgen aus der Solarbranche und von den Grünen. Auch Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) kündigte Widerstand gegen die geplante Kürzung an. „Es geht darum, einen politischen Fehler auf Bundesebene zu vermeiden“, sagte Lieberknecht vor rund 500 demonstrierenden Beschäftigten in Arnstadt.

Nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar) protestierten bundesweit mehr als 35 Solar-Unternehmen mit 20 000 Beschäftigten „gegen die radikalen Kürzungspläne“ des Umweltministers. Mit symbolischen Werkschließungen und anderen Aktionen an über einem Dutzend Solar-Standorten warnen sie vor massivem Stellenabbau und Firmenpleiten.

Die in mehreren Schritten geplante Kürzung der Solarstromförderung um bis zu 44 Prozent würde die Branche „ihrer Technologieführerschaft berauben und Hunderten deutschen Solarunternehmen die Geschäftsgrundlage entziehen“, mahnte BSW-Solar-Geschäftsführer Carsten Körnig.